

Geschäftsführung:
Fachdienst Rat und Bürgermeister

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Beirates für Menschen mit
Behinderung**

am 10.09.2026

im Besprechungsraum 14, Rathausplatz 2 b

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Monika Schwanz

Beiratsmitglieder:

Herr Jörg Bachmann		Vertreter für Herrn Filling
Ratsfrau Gesthimani Demirtzoglou	CDU	
Ratsfrau Daniela Eichstädt	Die Linke	
Ratsfrau Sara Franke	SPD	
Herr Reinhold Grzybek	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Herr Markus Pfeifer		
Frau Stefanie Prätorius		
Frau Ina Rath		
Herr Klaus Schawohl		
Herr Andreas Stach		Vertreter für Frau Hymmen
Herr Andreas Weiß		Vertreter für Herrn Ziermann
Herr René-Michel Wiedermann	AfD	Vertreter für Herrn Osianlis
Frau Michelle Wirth		

Verwaltung:

Frau Claudia Stelse

Schriftführung:

Frau Charlene Köhler

Abwesend:

Beiratsmitglieder:

Frau Colette Basquit	
Herr Kristian Filling	
Ratsfrau Brunhilde Gromball	FDP
Frau Ute Hymmen	
Herr Pashalis Osianlis	AfD

Herr Axel Zappe
Herr Frank Ziermann

Stimmberechtigte Mitglieder Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration

Frau Kalliopi Georgiadou
Liste der SPD

Internationale

Verwaltung:

Frau Agnes Fichtner

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:17 Uhr

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Stelse begrüßt die Anwesenden.

Sie schlägt eine Schweigeminute für den verstorbenen Mitarbeiter des Fachdienstes Rat und Bürgermeister, Jörg Neuhaus, vor.

Im Anschluss an die Schweigeminute begrüßt Frau Schwanz ebenfalls die Anwesenden und die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Alle Anwesenden stellen sich kurz vor.

2. Öffentliche Fragestunde

Es gibt keine Fragen.

3. Berichts- und Beschlusskontrolle

Berichts- und Beschlusskontrollen liegen derzeit nicht vor.

4. Vorstellung des Integrationsfachdienstes (IFD)

Frau Groll und Frau Bachmann vom Integrationsfachdienst im Märkischen Kreis (ifd) stellen ihr Aufgabengebiet vor. Sie geben außerdem Flyer aus. Nähere Informationen sind auch auf der Homepage www.ifd-mk.de zu finden.

Frau Groll ergänzt, dass es nach entsprechender Gesetzesanpassung auch eine Umbenennung in „Inklusionsfachdienst“ geben werde.

Der ifd unterstütze vor allem Menschen mit Schwerbehinderungen, wie psychischen Erkrankungen, geistigen Beeinträchtigungen, Hör- oder Sehbehinderungen, sowie schweren Körper- oder Mehrfachbehinderungen. Der Dienst berate Arbeitgeber sowohl bei der Neueinstellung, als auch bei der weiteren Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen. Er biete außerdem Unterstützung im Arbeitsalltag an, zum Beispiel Gebärdendolmetscher oder zusätzliche Technik zu organisieren.

Frau Rath möchte wissen, wie die Erfahrungen mit Menschen mit Long Covid seien.

Frau Groll weist darauf hin, dass sie grundsätzlich nur für Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung tätig werden. Zusätzlich komme es darauf an, ob die Menschen bereits beschäftigt seien und ob der Arbeitsort im Märkischen Kreis sei. Herr Stach ergänzt, dass es oft schwierig sei, Long Covid als Schwerbehinderung anerkennen zu lassen, was für die Betroffenen oft auch finanzielle Schwierigkeiten mit sich bringe, da sie dann auch keinen Anspruch auf Pflegegeld haben. Frau Groll erklärt, dass es noch die Möglichkeit gebe den Integrationsfachdienst direkt über die Rentenversicherung zu beauftragen. In diesem Fall sei

es unerheblich, ob die Schwerbehinderung bereits anerkannt worden sei. Herr Zander, der als Gast an der Sitzung teilnimmt, erkundigt sich, ob es bei den Vermittlungen ausschließlich um Arbeitsplätze im Handwerk gehe. Laut Frau Groll werden alle Bereiche die gewünscht und möglich sind, abgedeckt.

Frau Rath würde sich Besuche in Selbsthilfegruppen wünschen. Frau Groll und Frau Bachmann bestätigen, dass sie dies auch machen würden, derzeit gebe es nur einen Personalmangel beim ifd. Frau Rath wird die Kontaktdaten an die Selbsthilfegruppen weitergeben.

5. Anwerbung neuer Mitglieder

Frau Schwanz erkundigt sich nach Ideen, wie man neue Mitglieder für den Beirat für Menschen mit Behinderung gewinnen könne.

Herr Grzybek schlägt vor, das Blaue Kreuz anzufragen. Herr Stach fragt nach der Bereitschaft des ifd. Frau Groll bestätigt, dass sie gern Mitglied im Beirat werden würden. Herr Wiedermann regt an, auch Arbeitgeber anzuschreiben, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Herr Stach überlegt, ob dies nicht über den Arbeitgeberverband abgedeckt werden könne. Frau Rath erkundigt sich in den Arbeitskreisen und Selbsthilfegruppen nach Bereitschaft im Beirat mitzuwirken. Herr Weiß schlägt vor, auch die AWO einzubinden.

Das Gremium ist sich einig, dass der Fachdienst Rat und Bürgermeister zunächst ein Schreiben entwerfen solle, das an entsprechende Organisationen versandt werden könne. Darüber könne in der nächsten Sitzung am 05.11.2026 gesprochen werden.

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

Herr Grzybek erkundigt sich, in welcher Form im Beirat über die Teilnahme an den städtischen Ausschüssen berichtet werden solle. Frau Schwanz erklärt, dass es hierzu zukünftig einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt für die Beiratssitzungen geben werde.

7. Verschiedenes

7.1. Kulturhaus Ermäßigung

Frau Schwanz berichtet von einer Anfrage des Sozialverbandes Deutschland – Oberes Versetal. Hierbei gehe es um den Wegfall der Ermäßigung für Menschen mit Behinderungen bei Abonnements und Eintrittskarten des Kulturhauses Lüdenscheid. Gerade vor dem Hintergrund des Ziels, Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zu ermöglichen sei diese Entscheidung schwer nachzuvollziehen.

Frau Schwanz habe daraufhin Kontakt zum Kulturausschussvorsitzenden Herrn Hass-Sommer aufgenommen.

Daraufhin habe Sie die Antwort bekommen, dass es nun doch bei der Ermäßigung bleibe. Menschen mit Behinderung, die bereits ein Ticket oder Abo gekauft haben, sollen sich an die Mitarbeitenden des Kulturhauses wenden.

7.2. Toilette am Sauerfeld

Frau Schwanz erinnert an die am Aktionstag eingegangene Bitte, die Toilette am Sauerfeld durchgehend zugänglich zu machen.

Frau Köhler habe hierzu bei der Zentralen Gebäudewirtschaft (ZGW) nachgefragt. Laut Rückmeldung werde die Anlage automatisch zwischen 22:00 Uhr und 05:00 Uhr verschlossen. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre, sowie der steigenden Vorkommnisse an anderen WC-Anlagen, wie Vandalismusschäden, Drogennutzung, Nutzung als Schlafmöglichkeit, solle dieser Automatismus nicht aufgehoben werden.

7.3. (T)Raumland-Schließung

Frau Schwanz macht auf den Offenen Brief des SoVD aufmerksam, bezüglich der Schließung des Sozialkaufhauses „(T)Raumland“. Die Angelegenheit werde voraussichtlich

auf der Tagesordnung des Ausschusses für Soziales, Senioren und Demografie am 22.09.2026 stehen.

7.4. Förderung Aktion Mensch

Frau Schwanz weist auf die neuen Förderungs-Möglichkeiten der „Aktion Mensch“ hin. Auf der Website www.aktion-mensch.de gebe es eine Übersicht. Sie hoffe, dass der Aktionstag weiterhin gefördert werden könne.

Frau Wirth bedauert, dass im Kulturbereich viel weggefallen sei.

7.5. Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Katastrophenfällen

Herr Stach berichtet von einer E-Mail des Deutschen Instituts für Menschenrechte, zum Thema „Bundesweiter Warntag am 10.09.2026“. Darin gehe es unter anderem darum, Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall zu schützen. Er fragt daher, wie dies vor Ort im Katastrophenfall berücksichtigt werde.

Frau Stelse gibt die Frage intern weiter und lädt eine Kollegin oder einen Kollegen zu dem Thema zur nächsten Sitzung des Beirats für Menschen mit Behinderung ein.

7.6. Anwesenheit der Presse

Herr Stach fragt nach dem Grund der Abwesenheit der Presse. Frau Schwanz ist dieser nicht bekannt und sie bedauert dies ebenfalls. Sie erinnert hier auch an den Artikel zum letzten Aktionstag, der dem Tag ganz und gar nicht gerecht wurde. Sie werde sich bei den Lüdenscheider Nachrichten (LN) erkundigen, ob bei den nächsten Beiratssitzungen wieder jemand anwesend sein werde. Bei zukünftigen Veranstaltungen werde sie außerdem direkt darum bitten, dass beispielsweise Herr und Frau Salzmann berichten werden.

7.7. ärztliche Versorgung vor Ort

Frau Wirth berichtet von einer Klientin, die vor Kurzem zum Neurologen musste. Dieser habe seine Praxis in einem Gebäude in der Altstadt, und verfüge über keinen Aufzug. Beziehungsweise gebe es zwar einen sehr kleinen Aufzug, aber der Zugang sei nicht möglich, da dieser in der geschlossenen früheren Apotheke liege. Letztendlich sei die Klientin dann außerhalb der Praxisräume untersucht worden. Frau Stelse schlägt vor, sich an die Kassenärztliche Vereinigung (KVWL) zu wenden. Frau Wirth bestätigt das, es ginge ihr aber um die Information an den Beirat. Frau Schwanz will die Angelegenheit ebenfalls bei ihrem Gespräch mit den Lüdenscheider Nachrichten ansprechen. Herr Zander berichtet aus seinem privaten Umfeld, dass die Menschen mit Behinderungen durch solche Vorkommnisse Hemmungen haben, Ärzte aufzusuchen. Frau Wirth bedauert, dass auch Hausbesuche selten geworden seien und oft auch technisch schwer umsetzbar seien. Auch Herr Schawohl kennt eine Zahnarztpraxis, mit einem zu kleinen Aufzug. Dort passe keine Begleitperson mit hinein. In der neuen „Selbsthilfegruppe Autismus“ bedauere man ebenfalls die schlechte Versorgung vor Ort, laut Frau Rath.

Frau Rath erwähnt außerdem, dass es auch eine neue „Selbsthilfegruppe Long Covid“ gebe. Des Weiteren weist sie auf den Tag der Selbsthilfe hin; am 16.09. gebe es einen Info-Stand auf dem Wochenmarkt.

7.8. fehlende Anlaufstelle für Hörbehinderte

Frau Prätorius äußert mit Unterstützung von Frau Zieglowski (Gebärdensprachdolmetscherin) ihr Bedauern darüber, dass es keine Anlaufstelle für Hörbehinderte vor Ort gebe. Frau Bachmann vom Integrationsfachdienst (ifd) sei beim letzten Treffen der Hörbis gewesen. Der ifd sei aber nicht zuständig, da es nicht um Arbeit gehe. Frau Wirth schlägt die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) vor – dort gebe es aber niemanden der oder die die Gebärdensprache beherrsche. Herr Stach erklärt, dass es im Märkischen Kreis sehr wenige Gebärdensprachdolmetscher gebe. Es gebe aber außerhalb Lüdenscheids EUTB-Fachstellen, die darauf spezialisiert seien. Diese seien telefonisch oder per App erreichbar. Insgesamt sei aber auch dies schwierig und nicht spontan möglich. Frau Stange bestätigt, dass der Bedarf riesig sei. Frau Schwanz fasst zusammen, dass eine Anlaufstelle möglich sei, aber die Dolmetscher oder

Dolmetscherinnen, sowie die Finanzierung schwierig zu organisieren seien. Herr Stach versucht am 05.10. bei einem gemeinsamen Termin mit den Hörbis eine Lösung mit anderen Akteuren zu finden. Frau Wirth schlägt vor, eventuell über die „Aktion Mensch“ eine Förderung zu erhalten; Frau Rath weist auf die „Bingo - NRW Ehrenamtsstiftung“-Förderung hin.

gez. Monika Schwanz

Vorsitzende/r

gez. Charlene Köhler

Schriftführer/in